

Kerstin Griese

- (A) dern über die Ablösung der Staatsleistungen zu verhandeln. Der bayerische evangelische Landesbischof hat sein Befremden darüber geäußert, dass sein eigenes Gehalt aus dem Haushalt des Freistaats Bayern bezahlt wird. Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes hat diese Staatsleistungen sogar als „nicht mehr zeitgemäß“ bezeichnet.

Ich will ausdrücklich festhalten: Die Kirchen verschließen sich dem Thema nicht. Ich will dazu den Verfassungsrechtler Professor Hans Michael Heinig zitieren, der gesagt hat:

Aber da die Kirchen ein partnerschaftliches Verhältnis zum Staat pflegen und das Grundgesetz mit seinen religionsfreiheitlichen Komponenten wertschätzen, müssen sie auch das Ablösegebot ernst nehmen.

Diesem Appell kann ich mich nur anschließen.

Viertens – das ist mein letzter Punkt –: Es kommt eben auf die Bedingungen der Ablösung an. Sie schreiben selber in Ihrer Gesetzesbegründung: Alle seriösen Vorschläge beziehen sich auf die 18- bis 25-fache Summe der jährlichen Zahlung als Ablösesumme. Insofern ist der in Ihrem Gesetzentwurf gemachte Vorschlag, einmalig die 10-fache Summe zu zahlen, glaube ich, auch ein bisschen provokativ gemeint. Damit machen Sie es sich etwas zu einfach. Aber selbst da, wo es in den Bundesländern Debatten gab – ich habe das zum Beispiel in den Plenarprotokollen des thüringischen Landtages nachgelesen –, haben sich die Bundesländer entschlossen, es lieber bei der jährlichen Zahlung zu belassen, als diese einmalige Summe aufzubringen.

Die Zahlungen umfassen bundesweit etwa 460 Millionen Euro; davon gehen knapp 240 Millionen Euro an die evangelischen Landeskirchen. Das macht im Durchschnitt 2 Prozent ihres Etats für die kirchliche Arbeit aus. Man sollte jetzt also nicht so tun, als machten diese Zahlungen den größten Teil des Etats aus.

Wichtig ist, dass die Situation in den Ländern sehr heterogen ist. Deshalb kann man das Ganze nicht für alle gleich lösen. Zur Erläuterung ein paar Zahlen: Baden-Württemberg zahlt jährlich 100 Millionen Euro an die Kirchen, Nordrhein-Westfalen etwa 21 Millionen Euro, die gleiche Summe wie Thüringen. Das hat, glaube ich, mit Kirchengeschichte und -bauten zu tun. Das zeigt noch einmal, dass eine pauschale Ablöseregulierung, wie Sie sie vorschlagen, nicht funktionieren kann.

Auf Landesebene gab es erste konkrete Schritte zur Umsetzung; wir haben Entsprechendes gerade von Hessen gehört. Ich verweise auch auf die Regelung in Paderborn. Wichtig ist, dass dort, wo die Ablösung geregelt wurde, immer von einer partnerschaftlichen Verantwortung gesprochen worden ist. Damit komme ich zu einem Punkt, der für mich zu den Bedingungen für eine Ablösung dazugehört. Es wäre gut, wenn der Bund sowohl mit den Ländern als auch mit den Kirchen partnerschaftlich verhandeln würde. Ich plädiere dafür, dass wir eine sachliche Diskussion dazu führen, mit allen Beteiligten, nicht ohne sie.

Ich will zum Abschluss festhalten, dass wir bei aller – oft notwendigen – Kritik an den Kirchen, über die sicherlich anderenorts zu diskutieren ist, die Arbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserem Land, ihr soziales Engagement, ihr Engagement für Flüchtlinge und Asyl, ihre internationale Verantwortung, zum Beispiel in der Entwicklungshilfe, sehr wertschätzen. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Norbert Geis hat seine **Rede zu Protokoll** gegeben.¹⁾

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/8791 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist jedoch strittig. CDU/CSU und FDP wünschen Federführung beim Innenausschuss, die Fraktion Die Linke beim Rechtsausschuss.

Ich lasse zuerst über den Überweisungsvorschlag der Fraktion Die Linke, Überweisung an den Rechtsausschuss, abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt. Die Fraktion Die Linke hat für den Vorschlag gestimmt, alle anderen dagegen. Enthaltungen gab es keine. (D)

Jetzt lasse ich über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, Überweisung an den Innenausschuss, abstimmen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Überweisungsvorschlag angenommen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke; alle anderen waren dafür.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 10 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz – AmtshilfeRLUmSG)**

– Drucksache 17/12375 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– Drucksache 17/12532 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Olav Gutting
Lothar Binding (Heidelberg)
Dr. Barbara Höll
Dr. Thomas Gambke

¹⁾ Anlage 18

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) – Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/12533 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Dr. Gesine Löttsch
Sven-Christian Kindler

Hierzu ist verabredet, eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch.

Ich gebe das Wort dem Kollegen Olav Gutting für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz – schöner Name – werden wir diejenigen Maßnahmen aus dem gescheiterten Jahressteuergesetz 2013 auf den Weg bringen, die jetzt zwingend einer Umsetzung bedürfen. Es geht dabei insbesondere um Angleichungen an EU-Recht, um Vertragsverletzungsverfahren zu verhindern, die sonst vonseiten der Europäischen Kommission drohen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Umsetzung der EU-Rechnungsrichtlinie sowie die Anpassungen beim ermäßigten Steuersatz für Kunstgegenstände. Daneben geht es uns auch um die Bekämpfung von Steuermisbrauch. Hier will ich nur das Stichwort „Goldfinger-Modell“ nennen; wir werden es mit dieser Gesetzesvorlage beenden und damit dem Missbrauch das Wasser abgraben.

(B)

Elektrofahrzeuge sollen bei der Bemessungsgrundlage für die 1-Prozent-Versteuerung, der sogenannten Dienstwagenregelung, von einer pauschalen Listenpreisminderung profitieren. Wichtig sind für uns auch die notwendigen Neuregelungen im Bereich der Vorschriften zur Einführung des Verfahrens der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale. – Dieses Gesetz strotzt geradezu vor langen Wörtern;

(Manfred Zöllmer [SPD]: Nicht nur vor langen Wörtern!)

aber so ist unser Steuerrecht nun einmal. – Hier ist eine Neuregelung dringend erforderlich, weil diese Vorschrift ab dem 1. Januar 2013 bereits aufgehoben wurde. Gleichzeitig gewähren wir den Arbeitgebern mehr Zeit zur Umstellung auf das ELStAM-Verfahren. Damit vermeiden wir technische und organisatorische Probleme, die bei einem gleichzeitigen Einstieg aller Arbeitgeber zu einem festen Termin entstehen können.

Wir wollen, dass diese Maßnahmen noch in der laufenden Legislaturperiode in Kraft treten. Ich will hier nicht noch einmal die Historie des gescheiterten Jahressteuergesetzes 2013 im Detail aufzeigen. Ich glaube im Übrigen auch nicht, dass es die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land interessiert, wenn wir uns hier darüber streiten, wer für das Scheitern des Jahressteuergesetzes

2013 verantwortlich ist. Fakt ist aber: Wir haben das Jahressteuergesetz 2013 hier in diesem Haus bereits im Oktober letzten Jahres verabschiedet und beschlossen. Fakt ist: Dieses Jahressteuergesetz 2013 ist, ebenso wie das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, wie das Gesetz zum Deutsch-Schweizer Steuerabkommen und wie das Gesetz zur steuerlichen Absetzbarkeit der energetischen Sanierung, im rot-grün dominierten Bundesrat gescheitert. (C)

Der vorliegende Gesetzentwurf – es ist ein abge-speckter Gesetzentwurf – trägt nun den schwierigen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat Rechnung. Ich weiß, Sie hätten gern Ihren großen Änderungsantrag. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich bitte auch um Verständnis, wenn wir uns hier nicht am Nasenring durch die Manege ziehen lassen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Nein!)

Sie haben im Bundesrat ein klares Foul begangen; das wissen Sie. Sie können nicht von uns erwarten, dass wir mit Ihnen weiterspielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Wenn es Ihnen mit Sachpolitik ernst ist, dann stimmen Sie heute hier zu. Aber das wollen Sie nicht. Nein, Sie wollen mit Ihrem Änderungsantrag die Konflikte, die wir im Bundesrat hatten und die im Vermittlungsausschuss weitergingen, auch hier wieder austragen. Ich habe schon im Ausschuss gesagt: Das Ganze erinnert mich an die Argalis im Tierreich. Ich weiß nicht, ob Sie sie kennen. Das sind Wildschafe mit großen Hörnern, die regelmäßig aufeinanderprallen und mit den Hörnern zusammenstoßen – (D)

(Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der eine heißt FDP, der andere CDU/CSU!)

bis irgendwann jemand aufgibt, weil er Kopfschmerzen hat. Aber so funktioniert es hier nicht.

Sie kamen hier mit Ihrem Änderungsantrag um die Ecke,

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Nicht um die Ecke! Ganz klar von vorne!)

obwohl Sie genau wussten, dass wir nach der letzten Nummer im Bundesrat diesem Änderungsantrag so nicht zustimmen werden – prinzipiell nicht, weil wir uns hier nicht zum Affen machen,

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das macht ihr selber! Das müssen wir nicht!)

aber auch aus inhaltlichen Gründen nicht; darauf will ich gleich eingehen.

Ein Beispiel sind die sogenannten Cash-Gesellschaften. Natürlich wollen auch wir von den Koalitionsfraktionen missbräuchliche Gestaltungen im Erbschaftsteuerrecht verhindern.

Olav Gutting

- (A) (Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind sich doch gar nicht einig in diesem Punkt!)

Wer in diesem Haus würde überhaupt dafür eintreten, missbräuchliche Gestaltungen im Steuerrecht nicht zu beseitigen? Jeder in diesem Haus möchte Missbrauch im Steuerrecht verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Daniel Volk [FDP])

Im Übrigen ist dies auch im Interesse unserer Unternehmen, der deutschen Mittelständler und der Familienunternehmen in diesem Land, die sich in schwierigen Prozessen der Unternehmensnachfolge befinden. Sie selbst haben ein Interesse daran, dass sie nicht in irgendeinen Missbrauchstopf geworfen werden; auch sie haben ein Interesse daran, dass wir hier die Sache regeln.

Nur würde das, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in Ihrem Änderungsantrag vorschlagen,

(Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das gemacht, wozu Sie zugestimmt haben!)

dazu führen, dass jegliche Liquidität in den Betrieben als schädlich erachtet und einen Missbrauchsverdacht erwecken würde. Die 10-Prozent-Liquiditätsgrenze entspricht nicht der Lebenswirklichkeit in mittelständischen Betrieben. Die 10-Prozent-Grenze, die Sie hier vorschlagen, kann sogar insolvenzrechtlich problematisch werden.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der von Ihnen übernommene Vorschlag des Bundesrates schießt deutlich über das Ziel hinaus.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: So ist es!)

Wir müssen hier eine gangbare Alternativlösung entwickeln – darüber herrscht Konsens in der Koalition –, die Missbrauch vermeidet, aber eben auch Arbeitsplätze schützt. Wir werden zeitnah einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten; wir werden hier handeln.

Der vorliegende Entwurf unserer Koalition ist im Übrigen nicht das letzte Gesetz dieser Koalition in dieser Legislaturperiode. Das, was wir hier vorlegen, ist nicht das Ende der Fahnenstange beim großen Komplex des gescheiterten Jahressteuergesetzes 2013.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Oh!)

Im ursprünglichen Jahressteuergesetz der Koalition war zum Beispiel eine Umsatzsteuerbefreiung für Betreuungsleistungen sowie für Leistungen von Bühnenregisseuren vorgesehen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Ja! Und?)

An der Notwendigkeit dieser Maßnahmen halten wir selbstverständlich nach wie vor fest; aber wir werden sie nicht mit diesem Gesetz umsetzen,

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Warum nicht?)

weil wir hier ein schlankes Gesetz wünschen, das schnell durch den Bundesrat geht. (C)

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Ach! Da sind Ihnen die Menschen egal?)

Wir werden diese Maßnahmen in einem folgenden Verfahren umsetzen.

Das Gleiche gilt für den besonderen Gewerbesteuererlegungsmaßstab im Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen. Wir werden die Maßnahme, die wir in diesem Haus bereits debattiert und mit dem Jahressteuergesetz 2013 beschlossen haben, nach Abschluss des vorliegenden Gesetzgebungsverfahrens noch einmal intensiv prüfen. Wir werden schauen, wie wir diese Maßnahmen möglichst zügig umsetzen und verwirklichen können.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann nur sagen: Wenn Sie wirklich etwas für die Menschen in diesem Land tun wollen, dann stimmen Sie heute zu, und lassen Sie dieses Gesetz möglichst schnell in Kraft treten. Sagen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat, dass sie das Gleiche tun sollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Lothar Binding das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): (D)

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ersten Lesung habe ich das Jahressteuergesetz 2013 noch kritisiert. Ich habe gesagt: Es enthält sehr viele kleinteilige Regelungen; gemessen an der Koalitionsvereinbarung fehlen die wichtigen Dinge: die Reform der Mehrwertsteuer, der Unternehmensteuer usw. Aber immerhin: Wenn man bereit war, einmal auf die großen Lösungen zu verzichten und sich auf die kleinteiligen einzulassen, konnte man erkennen, dass im Vermittlungsausschuss ein ganz gutes Ergebnis erzielt wurde.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fast alles war ausgehandelt; sagen wir einmal: 98 Prozent.

In der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb, von CDU, CSU und FDP, gab es einen Passus, der die steuerrechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften betrifft. Wer hätte darauf kommen können, dass es ausgerechnet dann, wenn man etwas einbringt, was in Ihrem Vertrag steht, zur Explosion kommt,

(Olav Gutting [CDU/CSU]: Wer hätte darauf kommen können? Völlig überraschend!)

dass man wegen der einen plötzlich von Ihnen nicht mehr gewünschten Vereinbarung die 98 Prozent, die ausgehandelt waren, in Gefahr bringt?

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Jetzt bekommen wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nicht die ausgehandelten 98 Prozent enthält, sondern vielleicht nur noch 15 Prozent, und das halte ich für ein ganz großes Problem. Wir sehen hier ein bisschen einen philosophischen Unterschied zwischen den verschiedenen Parteien. Wir haben hier gelernt: Erst kommt die Partei, dann kommt die Partei, und dann kommt die Partei.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:
Wir sind doch hier nicht bei den Sozialdemokraten!)

Dann kommt möglicherweise lange gar nichts, und dann kommt erst der Bürger.

Ich will das einmal am Beispiel meines Wahlkreises beschreiben: In meinem Wahlkreis ist es so, dass die Bürger unbedingt und schon seit langem auf das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz warten. Praktisch können die sich gar nichts anderes vorstellen, als dieses tolle Gesetz zu haben. Damit es für sie leichter wird, haben wir auch die Abkürzung geübt: AmtshilfeRLUmsG. Dieses erwarten die Bürger jetzt ganz dringend.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Maßnahmen gegen Missbrauch im steuerlichen Bereich fehlen praktisch komplett.

(Olav Gutting [CDU/CSU]: Goldfinger!)

- (B) Das ist ein Desaster; da sind wir uns alle einig. Trotzdem verzichten wir jetzt auf eine Regelung, die schon fast gesetzlich geregelt war. Das ist eigentlich völlig verrückt. Wir brauchten nur den Arm zu heben und hätten eine Superlösung. Aber nein, man schafft ein neues, sehr sperriges Gesetz. Im Grunde wird jetzt eine Formalie beschlossen, die man eigentlich gar nicht zu beschließen braucht; die ist zwingend. Aber auf das, was an politischer Gestaltung notwendig ist, verzichtet die Regierung. Dies geschieht nicht zum ersten Mal; aber man muss doch die gleiche Dummheit nicht immer wieder begehen.

Eine Regelung zur Monetarisierung von Verlusten – dies betrifft das Umwandlungssteuergesetz – fehlt komplett. Eine Regelung zu Cash-GmbHs im Rahmen der Erbschaftsteuergestaltung fehlt komplett. Die Grunderwerbsteuergestaltung, das, was man RETT-Blocker – Real-Estate-Transfer-Tax-Blocker – nennt, fehlt komplett. Zu welchen Einnahmeausfällen dies für unseren Fiskus, für unsere Gesellschaft, führt, sollte man sich einmal klarmachen. Die Vermeidung weißer DBA-Einkünfte, also Gestaltungen von Gewinnen über DBA-Abkommen bei hybriden Finanzierungen, fehlt komplett. Die Verhinderung von Steuertricks bei der Wertpapierleihe fehlt komplett. Ich muss sagen: Das ist ein Desaster.

Die Anpassungen im Einkommensteuergesetz an die Aussetzung der Wehrpflicht, eine Regelung zu den Bezügen für freiwilligen Wehrdienst, fehlen komplett. Die gesetzliche Klarstellung zur steuerlichen Berücksichtigung von Zivilprozesskosten als außergewöhnliche Belastungen als Reaktion darauf oder Anerkennung dessen,

was BFH-Rechtsprechung bedeutet, fehlt komplett. Die Neuregelung der Berechnung von Steuerzinsen bei der Auflösung eines Investitionsabzugsbetrags fehlt komplett. (C)

Soll ich das fortsetzen? Sie merken, dass Sie mit dem vorliegenden Gesetz Maßnahmen verhindern, die wir alle schon lange betreiben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.
Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt ist etwas Interessantes passiert: Ich habe heute Morgen an anderer Stelle ein paar Allgemeinplätze der Kollegen von Schwarz-Gelb zitiert, etwa: Wir haben die beste Regierung der Nachkriegsgeschichte, seit 1992.

(Beifall des Abg. Olav Gutting [CDU/CSU])

– Olav Gutting applaudiert.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist der Einzige, der das hier im Saal glaubt!)

Heute Morgen gab es da immer Applaus. Olav Gutting hat das gerade sehr gut gemacht; er hat praktisch ein Zitat benutzt. Er hat das Gleiche gemacht wie Sie heute Morgen. Bei all den von mir heute Morgen zitierten Sätzen wurde applaudiert. Dann habe ich gesagt: Schauen wir einmal ins Gesetz. Daraufhin hat der Kollege Kauder gesagt: Ja, schauen Sie einmal ins Gesetz. – Dann habe ich ins Gesetz geschaut und daraus zitiert. Interessanterweise hat keiner von Ihnen bei auch nur einem einzigen Zitat dessen, was Sie aufgeschrieben haben, applaudiert. Ist das nicht interessant? (D)

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Sie applaudieren Ihren eigenen Regelungen nicht. Jetzt haben Sie einen Trick angewandt, der super ist: All das, bei dem man aus Ihren Reihen nicht applaudieren könnte, haben Sie einfach weggelassen.

(Volkmar Klein [CDU/CSU]: Ich glaube, da hast du dich argumentativ ausgetrickst!)

Die Umsatzsteuerbefreiung für rechtliche Betreuungsleistungen – sehr wichtig – und für eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundene Leistungen für privatgewerbliche Sozialleistungserbringer fehlt komplett. Die Umsatzsteuervergünstigung für die Kulturschaffenden – das wird manche Leute aufhorchen lassen – wie die Befreiung für Leistungen von Bühnenregisseuren und -choreografen fehlt komplett. Die Modernisierung und Vereinfachung des Verfahrens der Anmeldung der Feuerschutzsteuer fehlt komplett.

Sie können sehen: Sie haben ein Gesetz gemacht, das ein Torso ist, bei dem alle wichtigen Dinge fehlen, die wir gemeinsam vereinbart haben. Ich glaube, ganz offen gesprochen, dass Sie damit Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.
Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Deshalb will ich – ohne die Punkte zu nennen, die trotzdem noch fehlen, obwohl ich schon so viele genannt habe – an Sie noch einmal applaudieren bzw. appellieren

(Hartmut Koschyk, Parl. Staatssekretär: Applaudieren!)

– ich kann Ihnen auch applaudieren, wenn Sie da zustimmen –, ob Sie sich nicht doch einen Ruck geben könnten. Wenn wir in diesem Gesetzgebungsverfahren auf die von Ihnen inzwischen wieder neu beurteilte Regelung hinsichtlich der eingetragenen Lebenspartnerschaften verzichten – wir werden sie an anderer Stelle einbringen –, können Sie dann nicht darauf verzichten, das gesamte Jahressteuergesetz 2013 – ohne diesen strittigen Fall – abzulehnen? Wäre das nicht politisch klug? Wäre es nicht eine gute Idee, diesen Schritt im Vermittlungsausschuss noch einmal zu gehen? Denn alles andere klingt ein bisschen nach beleidigter Leberwurst. Das wurde eben deutlich, als Sie, Herr Gutting, sagten: „Wir lassen uns doch nicht mit einem Nasenring durch die Manege ziehen.“

Es wurden vorhin auch viele Tierbeispiele genannt. Eines davon hat uns gut gefallen, nämlich das mit den Hörnern und den Stieren. Man muss sich einmal überlegen, warum das alles gescheitert ist – das ist vielleicht die Quintessenz dieses Verfahrens –: Angenommen, die CSU und die FDP wären in dieser strittigen Frage einer Meinung gewesen, dann wäre doch alles beschlossen worden. Aber weil sich die beiden gestritten haben, war es nicht möglich, das Verfahren im Vermittlungsausschuss zu Ende zu führen. Das haben Sie eben mit dem Bild der Hörner, die aufeinander zusteuern, ganz gut beschrieben.

(B)

Das scheint im Moment Ihr Standardmodell in der Regierungspolitik zu sein. Deshalb bekommen Sie auch so große Probleme mit Ihrer Glaubwürdigkeit. Wer Ihnen jetzt glaubt, dass Sie ein gutes Gesetz gemacht haben, der könnte Gefahr laufen, dass er im September falsch entscheidet.

Alles Gute!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Daniel Volk.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Daniel Volk (FDP):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Binding, Sie haben gerade die Punkte aufgezählt, die in dem Änderungsantrag Ihrer Fraktion – mit Unterstützung der Fraktion der Grünen – enthalten sind. Dieser Änderungsantrag würde übrigens von anderen in diesem Lande als ein Plagiat bezeichnet werden.

- (Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Wir haben es ja wörtlich zitiert! Das steht ihm Antragstext drin!) (C)

Was Sie hier gerade vorgetragen haben, ist durchaus plagiatverdächtig;

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Nein, das Zitat ist schon korrekt! Wer zitiert, plagiiert nicht! Sie verstehen ja von Plagiaten mehr!)

denn Sie haben die Urheberschaft hier am Rednerpult verschwiegen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es scheitern lassen! – Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hier plagiatverdächtig ist! Das würde ich mir überlegen!)

Umsatzsteuerfreiheit für Bühnenregisseure und Betreuer, der Umgang mit Wehrdienst und Bundesfreiwilligendienst – alle diese Punkte

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Die Sie nicht beschließen wollten! Die Sie ablehnen!)

haben wir als Koalitionsfraktionen in den Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 geschrieben.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: So steht es in unserem Antrag!)

Das haben Sie scheitern lassen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es scheitern lassen! Sie haben dagegen gestimmt!) (D)

Sie schmücken sich mit fremden Federn, wenn Sie das alles hier aufzählen. Das ist ein Plagiat.

(Beifall bei der FDP – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Dann können wir es doch gemeinsam beschließen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Binding, Sie haben gerade so süffisant gesagt: In Ihrem Wahlkreis würden die Bürgerinnen und Bürger nach Ihrem Eindruck auf das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz warten.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Ja, ich bin halt oft in meinem Wahlkreis!)

Ich habe das so verstanden, dass Sie das ironisch meinen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Oh, das haben Sie aber sensibel bemerkt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf des Abg. Rudolf Henke [CDU/CSU]: Der war nicht schlecht!)

Ich kann Ihnen einen Punkt aus dem hier zu beratenden Gesetzentwurf nennen, auf den die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl warten. Es geht um die Vereinfachung und die Anpassung des Lohnsteuerabzugsverfahrens an die modernen technischen Gegebenheiten. Es geht um ELStAM, um die elektronischen Lohnsteuerabzugs-

Dr. Daniel Volk

- (A) merkmale, ein klares Jahressteuervereinfachungselement, das im Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz enthalten ist. Das muss so schnell wie möglich umgesetzt werden, damit wir auch in diesem Bereich eine Steuervereinfachung hinbekommen.

Wenn Sie dies wiederum ablehnen, zeigen Sie als SPD-Fraktion – im Geiste mit den Grünen vereint –, dass Sie überhaupt kein Interesse daran haben, eine Steuervereinfachungspolitik zugunsten der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Sie sind diejenigen, die das komplizierte Steuerrecht weiterhin kompliziert halten wollen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das hat doch nichts mit Recht zu tun!)

Das kann wirklich nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben natürlich auch die großen Linien vorangestellt und gesagt, es fehle eine Reform des Mehrwertsteuersystems,

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das war nur ein Beispiel! Die Hotels haben es ja!)

Für uns Steuerpolitiker ist das eigentlich die Umsatzsteuer. Ihr Kanzlerkandidat hat gestern eine wunderbare Ankündigung gemacht. Er hat gesagt, wenn er das Sagen hätte, dann würde er auf jeden Fall eine große Mehrwertsteuerreform durchführen und er könne sich nur noch in fünf Bereichen einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz vorstellen:

(B)

(Steffen-Claudio Lemme [SPD]: Guter Mann!)

Lebensmittel, Mieten. Ich höre: Mieten.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Nein, hat er nicht gesagt!)

Oh, das ist ja interessant! Umsatzsteuer auf Mieten. Was will er denn dort reformieren? Soll etwa bei Privatwohnmietverhältnissen die Mehrwertsteuer von 0 auf 7 Prozent angehoben werden?

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Dass Ihnen so etwas einfällt, wundert nicht!)

Das passt ja hervorragend in Ihre Linie, den Mietwohnraum in Deutschland bezahlbar zu halten. Oder will er möglicherweise bei der Gewerberaummieta die Umsatzsteuerpflicht von 19 Prozent auf 7 Prozent senken? Ein erstaunlicher Vorschlag!

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Eine solche Mehrwertsteuerreform wie dort angekündigt sollte diesem Lande wirklich erspart bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Sie können natürlich über solche Dinge reden oder über das Gesetz, über das wir jetzt befinden sollen!)

Wir sollten uns darauf konzentrieren, uns im steuerpolitischen Bereich jenseits einer gewissen Polemik und

jenseits eines gewissen Populismus an den Punkten zu orientieren, die für die Bürger entscheidend sind. (C)

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das machen Sie nicht!)

Ich glaube schon, dass das elektronische Lohnsteuerverfahren ein Punkt ist, der auf jeden Fall kommen muss.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das ist doch eine technische Finesse! Das ist doch nichts von Bedeutung!)

Ich richte auch in Ihre Richtung die Bitte: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie dieser Neuerung zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu!

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Wenn wir darüber separat abstimmen, stimmen wir diesem Punkt zu!)

Im Bereich der Steuermisbrauchsbekämpfung bedarf etwa das Goldfinger-Modell, das ebenfalls in dem hier zu beratenden Gesetzentwurf enthalten ist, der Klärung.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Ab welchem Zeitpunkt gilt die Goldfinger-Regelung?)

Es gibt offenbar keinen Punkt, weswegen Sie gegen dieses Gesetz sein können. Deswegen versuchen Sie mit einem Änderungsantrag, sozusagen über ein billiges Plagiat des Jahressteuergesetzes 2013, das aus unserer Feder stammt,

(D)

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Ab wann soll die Goldfinger-Regelung gelten?)

eine künstliche Argumentation aufzubauen. Das ist aber wirklich keine gute Politik für dieses Land.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Was heißt „künstlich“?)

Es ist keine gute Politik für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, für die Steuerzahler, übrigens auch nicht für die Steuerverwaltung. Sie verweigern sich durch Ihr Verhalten hier im Parlament einer Verbesserung des Steuervollzugs und der Steuerverwaltung.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das kann jeder nachlesen, ob das, was Sie sagen, wahr ist oder falsch oder vielleicht sogar gelogen!)

Das sollten Sie wirklich überdenken. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, auch in Ihrem Interesse, diesem Gesetzentwurf in unveränderter Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das machen wir sicher nicht!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Dr. Barbara Höll hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) **Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, heute müssen sich viele Bürgerinnen und Bürger fragen, was wir hier im Bundestag machen. Die Koalition ist zutiefst beleidigt und sitzt in der Ecke wie ein trotziges kleines Kind und sagt: Jetzt wollen wir aber auch nicht mehr. Schluss, wir wollen nicht mehr!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Dr. Daniel Volk [FDP]: Was haben Sie gegen trotzig Kinder, Frau Kollegin? Was haben die Ihnen getan?)

Dann denken Sie sich einen neuen Namen aus, damit man es nicht ganz so doll merkt. Es heißt jetzt nicht mehr Jahressteuergesetz 2013, jetzt ist es das Amtshilferechtlinie-Umsetzungsgesetz.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Der Name ist ja nicht falsch!)

Sie haben sich wahrscheinlich gesagt: Wir müssen etwas machen. Wie können wir damit in der Öffentlichkeit irgendwie noch bestehen? – Dann verkündet Herr Koschyk als Staatssekretär im Ausschuss: Ja, Sie haben uns geärgert. Wir machen jetzt nicht mehr mit. Wir machen nur noch das, was europarechtlich notwendig ist.

Man könnte denken: Okay, das, was europarechtlich notwendig ist; schauen wir doch mal ins Gesetz. – Das ist für uns natürlich nicht ganz einfach gewesen. Wir bekamen in der letzten Sitzungswoche Mittwoch früh den Gesetzentwurf auf den Tisch und durften uns diesen am Mittwochvormittag anschauen. Am Donnerstag war die erste Lesung im Bundestag. Am Mittwoch dieser Woche war die Beratung im Ausschuss und heute ist die zweite und dritte Lesung. Von einem wirklichen Beratungsablauf kann man hier nicht sprechen. Das spricht einer geordneten parlamentarischen Beratung hohn.

(B)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind wir an der einen oder anderen Stelle von dieser Koalition so gewöhnt.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Aber dieselben Punkte wurden schon einmal beraten!)

Wir haben Sie dann gebeten: Machen Sie doch wenigstens eine Auflistung, was von dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses, auf das Sie sich geeinigt hatten, tatsächlich Eingang in den Gesetzentwurf gefunden hat! Daraufhin gab es eine Liste, die sehr schwer zu handhaben war. Aber okay, das sei Ihnen verziehen. Dann haben wir nachgeschaut, was von dem europarechtlich Notwendigen, von dem, was unabdingbar ist, enthalten ist. Da habe ich wirklich gestutzt.

Die Elektroautos, deren steuerliche Förderung unter umweltpolitischen Aspekten sehr in der Kritik steht, ist enthalten. Meines Erachtens hat das mit Europarecht erst einmal nicht viel zu tun. Dafür haben Sie die umsatzsteuerliche Behandlung der Betreuungsleistungen, zu denen es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs gibt, nicht aufgenommen, obwohl hier wirklich Handlungsbedarf besteht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Daniel Volk [FDP]: Das haben Sie zum Scheitern gebracht beim Jahressteuergesetz 2013, Frau Kollegin!)

(C)

Die Frage der Behandlung der gastierenden Regisseure haben Sie einfach rausgeschmissen.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Auch das haben Sie zum Scheitern gebracht beim Jahressteuergesetz! – Gegenruf des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Wir sind dafür! Sie lehnen es doch ab!)

Da interessiert Sie die künstlerische Arbeit nicht, und die Leute interessieren Sie auch nicht.

Warum nun das Ganze? Warum dieses ganze Theater? Herr Gutting, Sie haben gesagt, das gehe so nicht, wir hätten ein Foul begangen. Entschuldigung, Herr Gutting, in den Beratungen im Vermittlungsausschuss wurde nur etwas eingebracht, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Dr. Höll, Herr Beck würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

(D)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da der Kollege Volk Ihnen hier dauernd vorwirft, Sie hätten das alles zum Scheitern gebracht

(Dr. Daniel Volk [FDP]: „Dauernd“? Zweimal!)

– wahrscheinlich meint er uns alle damit –, möchte ich Sie fragen, ob Sie mir erklären können, wie es sein kann, dass man, wenn eine Forderung der FDP in einen ansonsten konsensualen Gesetzentwurf aufgenommen wird, den Vorwurf erhebt, dass Sie das zum Scheitern gebracht haben, obwohl die FDP ihn dann abgelehnt hat.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Kollege Beck, vielleicht trägt ein Rückblick auf die gestrige Debatte zur Aufklärung bei. Ich denke, dass das, was Herr Geis hier gestern abgeliefert hat – ich möchte ihn gerne zitieren, um Ihnen und mir das, was er gesagt hat, in Erinnerung zu rufen –, gezeigt hat, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, was CDU und CSU unterschrieben haben, gar nicht so ernst gemeint war, wie die Bürgerinnen und Bürger das eigentlich erwarten können. Herr Geis sagte gestern, das Bundesverfassungsgericht befinde sich auf dem Irrweg und man müsse schon sehr weit von dem Wesen der Elternschaft abstrahieren, um Papa/Papa oder Mama/Mama als Eltern anzugeben: Ich sehe darin eine Miss-

Dr. Barbara Höll

- (A) achtung der menschlichen Natur. Ich glaube, wir müssen uns auch um der Bewahrung unserer Kultur willen gegen solche Tendenzen wehren.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das erklärt aber nicht das Verhalten von Herrn Volk!)

Ich denke, dass die CDU/CSU große Probleme hat, sie zum Teil wirklich mittelalterliche Ansichten vertritt, sie keinen Bezug zur Realität und zu unserer veränderten Gesellschaft hat und sie deshalb dem, was in ihrem Koalitionsvertrag steht und was die FDP vertritt, nicht mehr folgen konnte. Deshalb haben nicht wir die Schuld, sondern die Schuld liegt eindeutig bei Union und FDP. Sie können sich hier drehen und wenden, wie Sie wollen. Das kriegen Sie nicht vom Tisch gewischt. Nur um der Ideologie willen haben Sie das gesamte Gesetz scheitern lassen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Iris Gleicke [SPD]: So ist das!)

Als Steuerpolitikerin habe ich angenommen, dass Sie, wenn Sie das Gesetz scheitern lassen, weil Sie aus ideologischen Gründen nicht über die Hürde springen können, weil Sie es nicht schaffen, da herauszukommen, wenigstens das nehmen, was schon ausgehandelt war. Es gab eine Vorlage, die vom Bundestag verabschiedet worden ist. Im Bundesrat wurde noch einiges hineinformuliert. Es gab positive Veränderungen des Gesetzentwurfs. Das wäre wirklich umgesetzt worden. Nichts anderes ist der Änderungsantrag, der hier auf dem Tisch liegt. Dazu sagen Sie aber auf einmal: Nein, das geht nicht.

(B)

Herr Gutting, Sie haben hier das Ergebnis des Vermittlungsausschusses infrage gestellt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Demokratische Mehrheit!)

Da Sie sich hier damit gerühmt haben, Lücken für Steuergestaltungsmodelle zu schließen – Stichwort: Goldfinger –, sage ich Ihnen: Sie meinen es doch wieder nicht ernst. Sie setzen das, was ab dem Datum der Verabschiedung hier im Bundestag im vergangenen Jahr möglich wäre, nicht um, sondern halten das offen und verlegen das in die Zukunft. Alle, die dieses Modell nutzen, können sich darauf einstellen und damit umgehen. Das zeigt: Auch das meinen Sie nicht wirklich ernst. Das, was Sie hier abliefern, ist wirklich unterstes Niveau. Ich glaube, das haben die Bürgerinnen und Bürger nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir hier unsere Hausaufgaben machen und dieses Thema aus dem Parteienkrieg heraushalten. Mit dem, was Sie hier abliefern, mit Ihrem Agieren führen Sie sich selbst durch die Manege. Sie brauchen dazu niemand anderen.

Vielleicht wissen Sie es: Trotzig Kindern sollte man keine Streicheleinheiten geben und ihnen nicht sagen: Du hast in allem recht. – Nein, man muss da schon ein bisschen Haltung bewahren. Mit der Verabschiedung

des Änderungsantrages mit den ausgehandelten Vorschlägen zum Jahressteuergesetz 2013 könnten wir hier demonstrieren, dass uns die Sache wichtig ist. Das erwarte ich, das erwartet die Linke, das erwartet die gesamte Opposition von Ihnen, wenn es stimmt, dass Sie wirklich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handeln wollen. (C)

Danke.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Thomas Gambke hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen dicken Packen Papier – in anderer Farbe – hat Herr Brinkhaus hier vor einer Woche hochgehalten und sich stolz damit gebrüstet, was für tolle Gesetze die Koalition schon verabschiedet habe, was sie schon alles geschafft habe.

Herr Brinkhaus, einmal abgesehen davon, dass Sie sich da ein bisschen mit fremden Federn geschmückt haben – denn diesen dicken Packen Papier haben fleißige Beamtinnen und Beamte des Finanzministeriums erarbeitet –, lenken Sie dabei von dem eigentlichen politischen Versagen der Koalition ab. Das ist das Problem. Wissen Sie, was Herr Sell, Abteilungsleiter im Finanzministerium, heute Morgen zu dem gesagt hat, was Sie uns hier anbieten? Er hat gesagt: Es nervt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es nervt, dass Sie das mit vielen Details bestückte Jahressteuergesetz – wir haben darüber gesprochen; Herr Kollege Binding hat das sehr schön ausgeführt –, das im letzten Herbst hier auf dem Tisch lag, im Vermittlungsausschuss zu einem bitteren Ende gebracht haben. Es nervt, dass Sie die Realität einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Sechs Urteile des Verfassungsgerichtes nehmen Sie nicht zur Kenntnis.

In Abwandlung eines Spruches von Egon Bahr habe ich ein bisschen den Eindruck, dass Sie, wenn ein Grüner sagt: „Zwei mal zwei ist vier“, sagen: Oh, das sagt ein Grüner; dann ist zwei mal zwei für uns fünf. – So kommen wir nicht weiter. Das ist Realitätsverweigerung.

(Dr. Birgit Reinemund [FDP]: Sie haben es im Ausschuss abgelehnt!)

Sie müssen einfach einmal sehen, was Sie hier nicht abgeliefert haben. Das ist nicht nur bei dem vorliegenden Gesetz der Fall.

Nehmen wir die Mehrwertsteuerreform. Da gibt es eigentlich Einigkeit; Herr Steinbrück hat jetzt gerade davon gesprochen.

Dr. Thomas Gambke

- (A) (Dr. Daniel Volk [FDP]: Mieten umsatzsteuerpflichtig zu machen! Gute Idee!)

Das ist ein Thema, bei dem wir bis weit in Ihre Kreise hinein Einigkeit erzielen könnten,

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Bei den Mieten sehen wir das nicht so!)

übrigens auf der Linie eines Positionspapiers der Grünen. Aber Sie sagen: Das sagt ein Grüner; zwei mal zwei ist

(Zurufe von der CDU/CSU: Fünf!)

fünf. – Ganz genau, das ist Ihre Rechnung.

Nehmen Sie die Gewerbesteuer. Was haben Sie da geleistet? Gar nichts haben Sie geleistet. Was haben Sie gemacht? Sie haben die wesentlichen Akteure nicht eingebunden. Sie wollten das Band zwischen den Gewerbesteuerzahlern, dem Gewerbe, und den Kommunen zerschneiden. Sie haben einfach nicht gefragt. Natürlich sind Sie damit gescheitert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Daniel Volk [FDP]: Sprechen Sie eigentlich noch über den Gesetzentwurf?)

– Ich spreche über Ihre Leistungen. Herr Kollege Brinkhaus hat das beim letzten Mal auch so schön gemacht.

- (B) Zu den Unternehmensteuern haben Sie einen Zwölf-Punkte-Plan vorgelegt. Was ist daraus geworden? Drei kleine Änderungen.

Zum Steuerabkommen mit der Schweiz.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Wer hat es abgelehnt? – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Wer hat es blockiert?)

– Aus gutem Grund haben wir es blockiert. Denn was lese ich heute? Herr Brinkhaus, was ist heute passiert? Die Schweiz geht zu einer Weißgeldstrategie über. Sie geht aus der Anonymität heraus. Und warum tut sie das? Weil wir Widerstand geleistet haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Daniel Volk [FDP]: Das ist ein bisschen Selbstüberschätzung, Herr Kollege! – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Und die Einnahmen sind verschwunden!)

Das sind die politischen Entscheidungen, die man treffen muss.

Denken Sie an die Einkommensteuer. Was haben Sie da geleistet? Nichts haben Sie geleistet.

Zum Thema Steuergestaltung. Finanzminister Schäuble sagt, über Starbucks werde er mit seinem britischen Kollegen sprechen. Und was haben wir hier? Bei den Cash-GmbHs wäre eine Regelung wichtig. Das Perfide dabei ist, dass Sie nicht einmal das Vermittlungsergebnis umsetzen wollen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Ja, das ist schlimm!)

(C) Inseheim sagen Sie: Da ist jetzt noch eine andere Regelung, die wir haben wollen. – Das empfinde ich wirklich als unredlich. Wir hatten ein Ergebnis. Sie hatten dem zugestimmt. Aber dann haben Sie selber es abgelehnt. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir das einmal resümieren, dann kann man nur sagen: Es ist wirklich beschämend, was für ein dünnes Gesetzchen Sie hier vorgelegen. Mit dem Änderungsantrag, den wir gestellt haben, wäre es zwar immer noch ein dünnes Gesetz gewesen, weil viele wichtige Regelungen fehlen; aber man hätte ihm zustimmen können. Das lehnen Sie ab. Ich kann nur sagen: Das nervt. Ich bin sehr froh, dass Sie spätestens in einem halben Jahr abtreten werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bartholomäus Kalb hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

(D) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten hier über das Gesetz mit dem trockenen und Charme versprühenden Titel Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz. Hinsichtlich des Charmes wird er nur noch übertroffen von dem Titel einer Richtlinie aus den 80er-Jahren – ich habe das einmal herausgesucht –, der Richtlinie des Rates zur Annäherung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über bestimmte Bestandteile und Merkmale von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Darauf haben meine Wähler auch gewartet!)

Kollege Gutting hat ja schon gesagt, warum wir diesen Gesetzentwurf hier vorgelegt haben. Wir haben ihn vorgelegt, weil notwendige Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden müssen, und zwar zwingend, weil Sie sich zunächst verweigert haben, dem Jahressteuergesetz hier zuzustimmen, weil Sie es dann auch im Bundesrat nicht haben passieren lassen und weil es im Vermittlungsausschuss nicht zu vernünftigen Ergebnissen gekommen ist. Der Bundesfinanzminister weist in seiner Vorlage zu Recht darauf hin, dass die Bundesregierung verpflichtet ist, alle zwei Jahre einen Bericht vorzulegen, beispielsweise über die Wirkung der kalten Progression und zu Fragen der Grundsicherung; denn wir haben hier im Deutschen Bundestag beschlossen, dass wir alle zwei Jahre einen solchen Bericht haben wollen.

Ich brauche auf die einzelnen Inhalte hier nicht mehr einzugehen, weil sie, wie ich meine, von den Kollegen Gutting und Dr. Volk sehr eingehend dargelegt worden sind. Wir müssen uns heute hier damit befassen, lieber

Bartholomäus Kalb

- (A) Kollege Binding, weil die SPD und die von ihr geführten Länder sich darauf verständigt haben, in der Steuerpolitik eine destruktive Linie zu fahren

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Aber Ihr Koalitionsvertrag ist doch nicht destruktiv! Vielleicht doch?)

– nein –, und weil Sie nicht mehr zur konstruktiven Zusammenarbeit im Interesse der Steuerzahler, im Interesse der Bürger und im Interesse der Wirtschaft dieses Landes fähig sind.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: So ist das!)

Ich habe vorhin schon das Stichwort „kalte Progression“ genannt. Sie sind wohl verliebt in das Ankündigen von Steuererhöhungen, Sie verschweigen aber dabei, dass Sie eben nicht nur Spitzenverdiener damit treffen, sondern die breiten Schichten der Leistungsträger unseres Landes. Sie sind nicht bereit, die unteren Einkommenschichten in dem Maße zu entlasten,

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Stimmt gar nicht! Das ist falsch!)

wie die Inflationsrate steigt bzw. die Nominallöhne steigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Daniel Volk [FDP]: Unsoziale Steuerpolitik! – Zuruf des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

- (B) Sie klagen beredt darüber, dass die Länder nicht in der Lage sind, die Steuerausfälle zu tragen. Sie haben das Steuerabkommen mit der Schweiz erfolgreich verhindert,

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Gott sei Dank!)

und Sie haben damit verhindert, dass Steuereinnahmen in Milliardenhöhe nach Deutschland fließen; dies könnte bereits jetzt geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben auch verhindert – ich glaube, Kollege Gutting hat schon darauf hingewiesen –, dass wir eine sehr vernünftige Maßnahme, nämlich die energetische Gebäudesanierung, steuerlich begünstigen. Heute früh ist wieder beklagt worden, dass im Bereich der Gebäudesanierung zu wenig getan wird. Dort, wo Sie hätten mitwirken können, haben Sie sich verweigert. Sie haben es abgelehnt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Schlechte Gesetze werden immer abgelehnt! Das ist doch klar! Sie aber lehnen gute Gesetze ab!)

Sie sind nicht an einer gerechten und sachgerechten Besteuerung interessiert,

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Doch! – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: So etwas machen Sie ja nicht! Das können Sie ja nicht!)

sondern Sie machen den Menschen mit Ihren Steuerplänen etwas vor. Kollege Dr. Volk hat hier eben schon die neuesten Äußerungen des Herrn Steinbrück zum Besten gegeben. Ich kann im Interesse der vielen Mieterinnen und Mieter in diesem Lande nur hoffen, dass Steinbrück mit seinen Vorstellungen nicht durchkommt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Kollege Binding hatte auf die Verfahren hingewiesen. Was sich im Vermittlungsausschuss abgespielt hat, war schlicht und einfach – denken wir an das Fußballspiel gestern Abend; als Bayer darf ich mich daran erinnern –

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Jetzt aber Vorsicht!)

ein komplettes Foulspiel.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Nein!)

Das Verfahren im Vermittlungsausschuss ist nicht dazu da, um Spielchen zu treiben, sondern um Lösungen zu suchen, um sich auf einen Kompromiss zu einigen. Man sollte andere dort nicht vorführen; diese lassen sich auch nicht vorführen. Das sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Alles auf dem Rücken der Steuerzahler!)

– Genau, alles zulasten der Steuerzahler.

Lieber Kollege Binding, Sie haben vorhin vorgeschlagen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wir sollten doch die Urfassung des Jahressteuergesetzes hier wieder einbringen. (D)

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Gute Idee!)

– Jetzt bestätigen Sie per Zwischenruf, dass dies eine gute Idee sei. Warum haben Sie denn diese gute Idee nicht schon im Herbst letzten Jahres gehabt,

(Dr. Daniel Volk [FDP]: So ist es!)

nämlich bei der zweiten und dritten Lesung des Jahressteuergesetzes am 25. oder 26. Oktober?

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Abgelehnt haben Sie es im Bundestag!)

Hätten Sie ihm zugestimmt, dann hätten wir uns jetzt all dies ersparen können, und dann würden wir auch den Kollegen Gambke nicht nerven.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, ihre Redezeit ist schon längst abgelaufen.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Vielen Dank, aber das musste einmal gesagt werden.

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Da wir über der Zeit sind, sind auch keine Zwischenfragen mehr möglich.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Gesetzentwurf zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/12532, den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/12375 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen bei Zustimmung durch die Koalitionsfraktionen, die Oppositionsfraktionen waren dagegen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Wer zustimmen möchte, der möge sich bitte erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf auch in dritter Beratung mit dem gleichen Ergebnis wie vorher angenommen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 11 a und b auf:

- a) Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter, Rolf Hempelmann, Dirk Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

(B)**Die Energiewende – Kosten für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen**

– Drucksachen 17/10366, 17/12246 –

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Hempelmann, Dirk Becker, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Die europäische Energieeffizienzrichtlinie wirkungsvoll ausgestalten

– zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Die Energiewende braucht Energieeffizienz

– zu dem Antrag der Abgeordneten Ingrid Nestle, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen – Für eine ambitionierte Effizienz-**strategie der deutschen und europäischen Energieversorgung (C)**

– Drucksachen 17/8159, 17/8457, 17/7462, 17/10106 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Thomas Bareiß

Es liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage vor.

Es ist verabredet, eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das damit so beschlossen.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Schwarzelühr-Sutter.

(Beifall bei der SPD)

Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Das große Wursteln 2.0“, wie wir in Baden-Württemberg sagen, könnte der Titel einer Publikation, die mir vorliegt, oder gar ein Thema für eine Doktorarbeit sein.

(Lachen bei der SPD – Ulrich Kelber [SPD]:
Das wäre eine echte Doktorarbeit!)

Ich spreche von der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage mit dem Titel „Die Energiewende – Kosten für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen“.

(D)

Wissen Sie eigentlich, dass es eine Wissenschaft des Nichtwissens gibt?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Unwissen herzustellen ist eine Kunst. Seit einigen Jahren untersucht die Agnotologie, wie Unwissen durch absichtliche oder unabsichtliche Selektivität hergestellt werden kann. Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage ist dafür wirklich *das* Beispiel schlechthin.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was alles wurde nicht beantwortet? Die Große Anfrage hat der Bundesregierung eigentlich eine große Chance gegeben, nämlich den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Wirtschaft den Stand der Energiewende darzustellen. Sie hätte mit Vergleichsrechnungen zeigen können, wie sich die Kostenbelastungen bei unterschiedlichen Handlungsoptionen entwickeln und im Vergleich zur Situation ohne Energiewende verhalten hätten und welcher Nutzen durch die erneuerbaren Energien erzielt werden kann. Also verkürzt: Was kostet die Energiewende? Und viel wichtiger: Welche Erlöse, welche Wertschöpfung und welche Chancen bringt sie?

Es ist wirklich unverständlich, dass die Bundesregierung diese Chance nicht genutzt hat, um vor allem mehr Sachlichkeit und auch mehr Transparenz in die Energiekostendebatte zu bringen. Stattdessen haben Sie uns geantwortet, Sie hätten keine Daten, Sie hätten keine Er-